

**Niederschrift über die Sitzung**  
**am 27.09.2006**

---

Tagungsort: Altes Rathaus, 1. Etage, Nahariya Raum

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Herr Rüter -ab ToP 6-

SPD-Fraktion

Herr Tsapos

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Herr Remmo

BfB-Fraktion

Frau Cascante-Maristany

Migrationsrat

Herr Citak

Herr Düger

Frau Düsün -ab Top 4-

Herr Koyun

Herr Mazaca

Herr Tas

Herr Tasar

Herr Aka

Herr Sever

Von der Verwaltung

Frau Irmer, Büro Oberbürgermeister

Frau Tatje, Demographiebeauftragte

Frau Rennings, Interkulturelles Büro

Entschuldigt fehlen

Frau Adilovic-Berends

Frau Argyriadou

Herr Erarslan

Herr Önder

Herr Sezen

Frau Biermann

Frau Pohlreich

Frau Rathsmann-Kronshage

## Öffentliche Sitzung:

### **Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde**

Vertreter des Elternrates und betroffene Eltern des Kindergartens Arche Noah informieren die Mitglieder des Migrationsrates über die Schließung des Kindergartens. Ab Sommer 2007 sollen keine Kinder mehr aufgenommen werden. Da viele Kinder mit Migrationshintergrund betroffen seien, appellieren sie an den Migrationsrat, sie zu unterstützen.

Im Laufe der Diskussion stellt sich heraus, dass der JHA schon vor dem Sommerferien die Schließung des betroffenen beschlossen hat. In diesem Zusammenhang macht Herr Tsapos deutlich, dass im Kontext demographischer Entwicklung langfristig ähnliche Entscheidungen zu treffen sei. Die Kinder würden selbstverständlich von anderen Einrichtungen aufgenommen denn die Eltern hätten einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz.

Herr Sever bedankt sich bei der Elterninitiative. Er bedauert, dass die Entscheidung schon gefallen sei und für den Migrationsrat keine Handlungsmöglichkeiten mehr bestehe.

\* Migrationsrat - 27.09.2006 - öffentlich - TOP 1 - Drucksache \*

---

### **Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 23.08.2006**

Es wird festgestellt, dass der Migrationsrat zu diesem Zeitpunkt nicht beschlussfähig ist.

\* Migrationsrat - 27.09.2006 - öffentlich - TOP 2 - Drucksache \*

---

### **Zu Punkt 3 Mitteilungen**

- Herr Sever verteilt den Entwurf eines Flyers für den Migrationsrat und bittet die Mitglieder um Ergänzungen bzw. Änderungen.
- Ferner berichtet Herr Sever über das 2. Elternforum am 02.09.2006. Er bedauere, dass kein Mitglied des Migrationsrates anwesend war- zumal der Migrationsrat Mitveranstalter war. Eine Dokumentation über das Elternforum werde erstellt und auch den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

\* Migrationsrat - 27.09.2006 - öffentlich - TOP 3 - Drucksache \*

---

### **Zu Punkt 4 Anträge**

Herr Sever verweist auf den gemeinsamen Antrag des Seniorenrates, des Fachbeirates für Mädchenarbeit und des Migrationsrates bezüglich eines Integrationskonzeptes, der in der letzten Sitzung nicht abschliessend diskutiert wurde. Angesichts der Informationen der Verwaltung zum Sachstand der Erarbeitung eines Integrationskonzeptes, sowie unter Berücksichtigung der Beden-

ken auf Seiten einiger Mitglieder, ergebe es für den Vorstand keinen Sinn, bzw es erübrige sich, einen Beschluss des Gremiums herbeizuführen. Der Migrationsrat habe mit dem bildungspolitischen Papierer auch die Forderung nach einem kommunalen Integrationskonzept beschlossen.

Der Migrationsrat begrüße und schätze das Engagement und die Initiative des Seniorenbeirates und Fachbeirats für Mädchenarbeit, aus deren jeweiliger Fachsicht die Notwendigkeit eines Integrationskonzeptes zu untermauern und konkrete Handlungsfelder zu benennen. Der Migrationsrat werde mit beiden Gremien in dieser Frage in Zukunft intensiver kooperieren.

Der Antrag von Herrn Düger zum „Stand der Integration in Bielefeld“ stehe in der Oktobersitzung auf der Tagesordnung .

\* Migrationsrat - 27.09.2006 - öffentlich - TOP 4 - Drucksache \*

---

## **Zu Punkt 5 Anfragen**

- Eine Antwort der Verwaltung auf die Anfrage von Herrn Koyun zu Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen liegt vor.
- Herr Mazaca fragt welche Aktivitäten und Integrationsangebote in der Alten Südschule in Brackwede von der Arbeiterwohlfahrt vorgehalten werden?.

\* Migrationsrat - 27.09.2006 - öffentlich - TOP 5 - Drucksache \*

---

## **Zu Punkt 6 Berichte aus den Ausschüssen**

Herr Düger berichtet, dass die Frage des muttersprachlichen Unterrichts in Spanisch im Schulausschuss erneut thematisiert wurde. Eine Möglichkeit dafür bestehe in der Laborschule, allerdings müssen die Kosten vom spanischen Konsulat übernommen werden.

Herr Tsapos erwähnt, die spanische Vertretung sehe sich nicht in der Verpflichtung denn nicht alle spanisch sprechenden Kinder seien spanische Staatsangehörige. Viele stammten aus Südamerika.

\* Migrationsrat - 27.09.2006 - öffentlich - TOP 6 - Drucksache \*

---

## **Zu Punkt 7 Gesamtkonzept demographischer Wandel**

Frau Tatje stellt an Hand von Folien das Gesamtkonzept demografischer Wandel vor (*Anlage*).

Zu Beginn ihrer Ausführungen macht Sie einige grundsätzliche Anmerkungen zum Thema Demographischer Wandel:

Mit dem Satz „Wir werden weniger, älter und bunter“ bringe die Süddeutsche Zeitung die Ergebnisse der Bevölkerungswissenschaftler auf den Punkt und

beschreibe damit, wie sich unsere Gesellschaft durch Geburtenrückgang, Zuwanderung und höhere Lebenserwartung entwickeln wird. Vielen Menschen mache diese Entwicklung Angst. Sie fürchteten eine vergreisende Gesellschaft mit all ihren Problemen, vom Pflegenotstand bis zur Rentenfrage. In der Tat stelle die veränderte Altersstruktur das Land und jede einzelne Kommune vor große Herausforderungen.

Für Bielefeld sehe die Prognose erst einmal günstiger aus, aber auch an uns werde die Entwicklung nicht vorbeigehen. Im Jahr 2050 werden auch in Bielefeld etwa 12 Prozent weniger Menschen leben als heute, und sie werden älter und bunter sein. Für alle Städte gelte - früher oder später: Die Folgen des demographischen Wandels werden nahezu jeden städtischen Bereich betreffen – die Verkehrsinfrastruktur, den Gesundheitsbereich und die Altenhilfe ebenso wie das Wohnen oder die Bildung und Erziehung und das alles vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzlage der Kommunen.

Umso wichtiger sei es, schon jetzt aktiv zu werden. Den demographischen Wandel könne man nicht aufhalten oder gar umkehren, aber man könne die Veränderungen in den Städten und Gemeinden mitgestalten und in eine positive Richtung lenken.

Ihr Anliegen in der Stadt Bielefeld sei es, dazu beizutragen, auch die Möglichkeiten zu nutzen, die die Bevölkerungsentwicklung bietet.

Wenn sich die Kommunen mit den *Folgen* des demographischen Wandels befassen und über Planungskonzepte Gedanken machen, müssen sie weit reichende Perspektiven und Strategien in den Blick nehmen. Diese langfristige Sichtweise sei schwierig, denn die konkreten Folgen und Auswirkungen des demographischen Wandels auf unsere Städte und Gemeinden seien immer noch größtenteils unbekannt. Und das Jahr 2050 – die „magische“ Jahreszahl in der Demographiedebatte – sei noch weit entfernt. Trotzdem habe Herr Oberbürgermeister David 2004 eine Stabsstelle „Demographische Entwicklungsplanung“ in seinem Dezernat eingerichtet und dadurch signalisiert, für wie bedeutsam er dieses Thema hält.

Ihre Aufgabe sei es, dezernatsübergreifend bei künftigen Verwaltungsentscheidungen auf den Aspekt der demographischen Entwicklung hinzuweisen damit bei allen städtischen Planungen künftig die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt werde. Weiterhin solle Sie Vorschläge entwickeln, *wie* der demographische Wandel in der Stadt gestaltet werden kann. Dazu habe Sie ein *Handlungskonzept* vorgelegt, das im Verwaltungsvorstand verabschiedet worden sei und mit der Politik diskutiert wurde. Dieses Konzept sei anschliessend im Rat der Stadt Bielefeld zu verabschiedet worden.

In diesem Konzept werden *sechs demographiepolitische Ziele* und damit zukünftige Handlungsschwerpunkte für Bielefeld formuliert:

- „**Wir fördern Integration!**“
- „**Wir werden die familien- freundlichste Stadt in NRW!**“
- „**Wir wohnen zukunftsfähig!**“
- „**Wir lernen lebenslang!**“
- „**Wir gehen fit in die Zukunft!**“
- „**Wir wirtschaften für die Zukunft!**“

Diese Ziele leiten sich laut Frau Tatje ab aus den Ergebnissen der Demographieforschung, Gesprächen mit Experten aus Demographiepolitik und Forschung und auch den Potentialen unserer Stadt. Aber auch die Gespräche mit lokalen Akteuren vor Ort und die Ergebnisse einer Befragung der Dezernate zu demographiepolitischen Aktivitäten und Vorstellungen sind berücksichtigt worden. Es ist also ein *passgenauer Vorschlag* für Bielefeld. Denn um die Auswirkungen des demographischen Wandels in der Kommune zu gestalten, braucht

die Stadt *eine Gesamtstrategie mit Prioritäten* bei kommunalpolitischen Entscheidungen.

Für wichtig halte Sie weiterhin, dass nur Ziele formuliert werden, die die *Kommune* auch verwirklichen kann und deren Erfolg messbar ist.

Ein vorgeschlagenes Ziel lautet: „**Bielefeld wird Wissensstadt!**“

Bildung und Qualifizierung der Arbeitskräfte werden für das Wirtschaftswachstum immer bedeutender. Doch die sinkenden Kinderzahlen - bis zum Jahr 2020 bereits um mindestens 15% und bis 2050 um mindestens 20% - machen deutlich, dass für die Gesellschaft ein Mangel an qualifizierten Nachwuchs - Arbeitskräften drohe. In der Bildung müssen heute schon große Probleme bewältigt werden. Die Ergebnisse der PISA-Studie seien allen bekannt.

Zukünftig gelte es also zu entscheiden, wie sich im Kontext der demographischen Entwicklung die gesamte „Landschaft“ von Erziehung, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung in den Städten gestalten solle.

Frau Tatje führt weiterhin aus: Studien und Statistiken belegen, dass *Kinder aus Migrantenfamilien* besonders betroffen sind, so verlassen selbst von den *hier* geborenen Zuwandererkindern nur 40 % die Hauptschule mit einem Abschluss, die Folge ist eine geringere Ausbildungsbeteiligung - nur 38 % können eine berufliche Ausbildung vorweisen. Der Anteil der deutschen Jugendlichen mit qualifizierter Berufsausbildung liegt mit 68 % deutlich höher. Ein Teufelskreis: Schlechtere Schulabschlüsse und fehlende Ausbildung haben eine deutliche höhere Arbeitslosigkeit oder den Verlust des Arbeitsplatzes zur Folge denn beide sind an den Bildungsabschluss gekoppelt.

Da bis zum Jahr 2050 die Prognosen von einem deutlich höheren Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ausgehen und der Anteil der jüngeren Altersgruppen in den Großstädten noch erheblich höher sein wird, existiert hier besonderer Handlungsbedarf. Der demographische Wandel erfordert also dringend mehr Integrationsangebote im Bereich Bildung, Ausbildung und Beruf.

Hier kann *kommunales Handeln* bei der Festlegung von Schwerpunkten viel bewirken. Durch die systematische Herangehensweise sollen alle wichtigen kommunalen Felder künftig auch unter dem Aspekt der demographischen Entwicklung beleuchtet werden.

Für den *Bereich Bildung* kann sich daraus ergeben, die Bedürfnisse von jungen Menschen mit *Migrationshintergrund* stärker zu beachten, zum Beispiel bei

- flächendeckenden Sprachkursen in den Kindergärten
- Angeboten für Eltern um sich in unserem Bildungssystem zurecht zu finden
- flächendeckenden Sprachförderkursen in Schulen
- Hilfen bei der Berufsfindung
- speziellen Angeboten für Mädchen.

Was heißt das für Kommunen, die im demographischen Wandel ihre Attraktivität als Wirtschaftsstandort verbessern wollen? Sie müssen umdenken:

Für Kommunen heiße es zu reagieren: Sie könnten Bildung und Betreuung als demographiepolitische kommunale Strategie ausweisen. Das heißt, es gilt flexible und qualitativ hochwertige Angebote für Bildung und Betreuung zu schaffen, die weit über das hinausgehen, was heute „auf dem Markt“ ist. Davon können auch Eltern profitieren: Weil es einfacher wird, Beruf und Familie zu vereinbaren, und sich auch die Bildungs- und Berufsmöglichkeiten für ihre Kinder positiv entwickeln. Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten und Ganztagsangebote an Schulen bieten flächendeckend Sprachförderkurse für Kinder aus Migrationsfamilien an etc.

Herr Sever dankt Frau Tatje für diese ausführlichen Informationen. Dass das

Thema Zuwanderung und Integration in dem Demographiekonzept explizit ausgewiesen sei, zeige seiner Ansicht nach erneut die Bedeutung dieses Feldes für die Zukunft. Er vermisse nach wie vor aussagekräftige Daten, die auf einer einheitlichen Statistik basieren. Er hoffe, dass das noch zu erstellende Integrationskonzept mit dem Gesamtkonzept Demographie verknüpft werde.

Frau Tatje erklärt, dass sie bei der Erstellung des Integrationskonzeptes in der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe mitarbeite. Eine wichtige Aufgabe sei hier eine einheitliche Definition sowie statistische Datengrundlagen für die Zielgruppe zu erreichen.

Frau Irmer erläutert aus der Sicht der Verwaltung die Komplexität des Themas. Eine einheitliche Definition (z.B.: Aussiedler, Ausländer, Menschen mit Migrationshintergrund) nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für die ganze Stadt verbindlich zu formulieren, erfordere eine systematische Vorbereitung. Die Verwaltung arbeite u.a. an diesem Punkt.

Frau Cascante und Herr Düger halten die im Konzept benannten Ziele für zukunftsweisend und begrüßenswert. Dass das Thema Demographie und Integration in das öffentliche Bewußtsein gerückt sei, gehe auf das Engagement von Frau Tatje zurück.

Herr Koyun problematisiert die Bildungsmisere bei den Migrantenkindern. Wie im Demographiekonzept ausgewiesen werde der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund ca. 50% erreichen. Die Bildungsfrage sei in diesem Zusammenhang eine grundsätzliche Frage der Zukunft in der Kommune. Deshalb halte er deren Betonung im Konzept für sehr wichtig. Dieses erfordere aber konkrete Vorschläge, wie die Misere überwunden werden könne.

\* Migrationsrat - 27.09.2006 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache \*

-.-.-

## Zu Punkt 8

### Muttersprachlicher Unterricht in Bielefeld

Herr Schulrat Drescher schildert zunächst die gegenwärtigen Situation des muttersprachlichen Unterrichts in Bielefeld. Der Muttersprachliche Unterricht (MSU) wurde ursprünglich eingerichtet, um die Kinder der ehemaligen Gastarbeiter für den Fall der Rückkehr in das Herkunftsland die Sprachfähigkeit zu vermitteln. Der MSU für griechische, italienische, marokkanische, portugiesische, spanische, türkische, tunesische sowie für Schülerinnen und Schüler aus dem ehemaligen Jugoslawien wurde im Jahr 1982 in einem Runderlass geregelt. Der Unterricht stehe unter der Aufsicht des Landes und in der Zuständigkeit der Schulämter. Die angenommene Rückkehr sei nicht eingetreten. Mit zunehmenden Zuwanderergruppen und anderen Veränderungen erfolgte eine Ausweitung des MSU u. a. auf die Sprachen Albanisch, Arabisch, Kroatisch, Bosnisch und Serbisch.

Die Zielsetzung des Unterrichts habe sich dahingehend geändert, dass der Erhalt der Muttersprache und Bilingualität im Vordergrund stehe.

Im Bereich der Stadt Bielefeld nehmen nach Aussage von Herrn Drescher zur Zeit rund 2.500 Schülerinnen und Schüler am MSU teil. Sie werden in 139 Lerngruppen von 18 Lehrerinnen und Lehrern in 388 Stunden unterrichtet.

Die Mindestgröße der Lerngruppen liege für die Primarstufe bei 15, für die Sekundarstufe bei 18 Schülerinnen und Schülern. Der Umfang des MSU solle drei Wochenstunden nicht unterstreiten.

Die Verteilung in Bielefeld zeige folgende Tabelle (*Anlage*).

Allerdings träten bei der Organisation des MSU häufig Probleme auf. Der MSU sei zunächst ein freiwilliges Angebot, so dass es keine Sanktionsmöglichkeiten

gebe, die Schülerinnen und Schüler zur regelmäßigen Teilnahme am Unterricht zu verpflichten. Die Erfahrungen zeigten, dass der Unterricht nicht im wünschenswerten Umfang akzeptiert werde. Eine MSU-Lerngruppe umfasse auf Grund der erforderlichen Gruppengrößen oft Schülerinnen und Schüler aus unterschiedlichen Klassen und Jahrgängen und zunehmend auch aus verschiedenen Schulen. Dies betreffe vor allem die sogenannten „kleinen“ Sprachen. Ferner müsse der Unterricht weitestgehend am Nachmittag stattfinden, so seien viele Eltern nicht bereit längere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen. Die Zahl der Nachmittagsangebote in den Schulen steige stetig an und stelle die Eltern und ältere Schülerinnen und Schüler oft vor die Entscheidung zwischen unterschiedlich attraktiven Angeboten und dem MSU. Zunehmende Ganztagsangebote in den Schulen erschwerten zusätzlich die Raumnutzung für den MSU an den Nachmittagen. Ausserdem führe die seit einem Jahr verpflichtende Sprachprüfung im MSU am Ende der Sekundarstufe I zu vermehrten Anmeldungen.

Im Bezug auf den muttersprachlichen Unterricht in Spanisch erklärt Herr Drescher, dass der Spanischlehrer in den Ruhestand gegangen sei und eine Neueinstellung ausgeschlossen sei. Das Problem habe er mit den betroffenen Eltern ausführlich erörtert. Er bemühe sich intensiv und versuche alle Möglichkeiten auszuschöpfen eine Lösung zu finden. Bis zu diesem Zeitpunkt könne er keine Lösung anbieten.

Hinsichtlich der Frage von Frau Cascante, ob die Möglichkeit besteht, dass die Schülerinnen und Schüler am Spanischunterricht im Celiengymnasium oder am Oberstufenkolleg teilnehmen, sieht Herr Drescher keine große Chance. Aber er werde sich danach erkundigen.

Herr Citak hält die Qualifizierung der Lehrkräfte nicht für geeignet. Ausserdem liege die Ursache mangelnder Attraktivität des muttersprachlichen Unterrichts für Schülerinnen und Schüler darin, dass der Unterricht entweder im späten Nachmittag oder parallel zum Deutsch- oder Mathematikunterricht angeboten werde.

Herr Düger äußert sich zum zukünftigen Stellenwert des muttersprachlichen Unterrichts. Er könne frage sich inwieweit die Landesregierung noch Interesse an diesem Sprachen habe.

Auf Antrag von Frau Cascante wird die Sitzung kurz unterbrochen.

Ein Vertreter der spanischen Eltern beklagt sich massiv über den Umgang mit ihrem Anliegen. Bis heute hätten sie keine eindeutige Antwort erhalten. Sie hätten den Eindruck, man wolle in Kauf nehmen, dass der Unterricht nicht zu Stande käme.

Die Sitzung wird danach fortgesetzt.

Herr Drescher bekräftigt erneut seine Aussage, dass die Zuständigkeit für die Einstellung der Lehrkräfte beim Land liege und er diesbezüglich nichts unternehmen könne.

Herr Sever erklärt, dass der Vorstand in dieser Sache die LAGA kontaktieren werde.

\* Migrationsrat - 27.09.2006 - öffentlich - TOP 8 - Drucksache \*

-.-.-

---

Herr Sever,  
stellv. Vorsitzender

---

(Schriftführer)

